

#### 4. Internationales Symposium der Stiftung Ettersberg, 21./ 22. Oktober 2005

### **„Der Kommunismus in der deutschen Erinnerungskultur – eine Zwischenbilanz in vergleichender Perspektive“**

Günter Nooke MdB

*Referat (30 Minuten) zum Thema:*

### **„Ein Denkmal für die Einheit in Freiheit? Formen der Auseinandersetzung mit der DDR“**

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist nach diesem Vortrag von Prof. Knigge und dem Ausfallen der grundsätzlichen Ausführungen zur Friedlichen Revolution vom Herbst '89 von Stephan Hilsberg für mich jetzt recht schwierig, den Erwartungen im Publikum zu genügen. Ich verstehe meinen Beitrag auch nicht als wissenschaftlichen oder gar professoralen Beitrag zu dieser Tagung. Ich halte mich aber – doch eher noch als Politiker – einfach an das von Prof. Vein vorgegebene Thema und die Redezeit. Ich hoffe, Ihnen damit einen guten Übergang zu den etwas lockeren Gesprächen beim nachfolgenden Empfang zu bieten. Außerdem haben die akademischen Hochseilakte ja auch manchmal den Nachteil, dass zwar die Salti ganz schön aussehen, man aber doch im Netz landet, wenn der Fänger nicht zur rechten Zeit einschwingt.

Im Zusammenhang mit den „Formen der Auseinandersetzung mit der DDR“ lohnt es sich meines Erachtens, an einen geschichtspolitisch interessanten „Fall“ zu erinnern, der in der Öffentlichkeit im Mai 1998 und im Deutschen Bundestag vor gut fünf Jahren eine Rolle spielte.

#### **Das Denkmal — Die Idee**

Das Interessante an dem „Fall“ ist nicht so sehr die Rückschau, sondern die Perspektive, die sich auch heute noch bietet und eröffnet, denn die Diskussion ist – aus meiner Sicht – bestenfalls eröffnet. Deutschland braucht auch eine Debatte über das positive Erinnern von Geschichte!

Im Mai 1998 wandte sich eine „Initiative Denkmal Deutsche Einheit“<sup>1</sup> an den damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl, die damalige Bundestagspräsidentin Rita

---

<sup>1</sup> Siehe Berliner Morgenpost vom 15. Mai 1998 „Zum 10. Jahrestag Denkmal Deutsche Einheit angeregt“ oder FAZ vom 16. Mai 1998 „Denkmal für die Deutsche Einheit“. Ähnlich und z. T. mit längeren Artikeln und Interviews berichteten an diesem Tag z. B. die „Berliner Zeitung“, „Der Tagesspiegel“, „Die Welt“, „Das Neue Deutschland“ und die meisten Regionalzeitungen in den neuen Ländern.

Süssmuth, den damaligen Bundesratpräsidenten Gerhard Schröder, und den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, und bat um Unterstützung für die Errichtung eines Denkmals Deutsche Einheit auf der Berliner Schlossfreiheit. Gleichzeitig wurden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens angeschrieben und um Unterstützung des Anliegens gebeten<sup>2</sup>.

In dem Brief hieß es – und dem folgte auch der von mir initiierte Gruppenantrag im Deutschen Bundestag im Jahr 2000<sup>3</sup> – ich zitiere:

„Die friedliche Revolution vom Herbst 1989 jährt sich im kommenden Jahr zum zehnten Mal. Dies wird Anlass sein, die historische Bedeutung jener Tage zu würdigen. Der Fall der Berliner Mauer war ein großes nationales, europäisches und internationales Ereignis, das einen dauernden Platz verdient im öffentlichen Gedächtnis. In den Geschichtsbüchern hat es bereits seinen Platz gefunden. Es verlangt auch nach einem öffentlichen Denkmal in der Mitte Berlins.“

Danach folgte ein Verweis auf die den Prager Frühling und Polens Solidarnosc, auf Glasnost und die Öffnung der ungarischen Grenzen. Ohne sie und ohne die zahllosen Opfer, die den Weg bereiteten, hätte es die Friedliche Revolution so nicht gegeben. Dann heißt es weiter:

„Was in der Revolution von 1848 noch misslang, wurde nach 1989 zum europäischen Ereignis: Der Sieg der freiheitlichen, demokratischen und nationalen Bewegungen. Damit hat der Prozess der europäischen Einigung erst seine gesamteuropäische Dimension erhalten. In den jahrhundertlangen religiösen und ideologischen Grabenkriegen Europas waren die Deutschen – in der Mitte des Kontinents von innerer Zerrissenheit und Ruhelosigkeit geprägt – Täter, aber auch Leidtragende. Mit der friedlichen Revolution, der Wiedervereinigung in Freiheit und der Anerkennung der Grenzen sind wir gleichberechtigte Partner in der Völkergemeinschaft geworden. Ein Freiheits- und Einheitsdenkmal der friedlichen Revolution wäre zugleich Überwindung und Vollendung: Überwindung eines martialischen Nationalismus und Vollendung der demokratischen Revolution von 1848.

Es gibt einen Ort im Herzen der wiedervereinigten Hauptstadt, der geradezu darauf wartet, als Denkmal neu gestaltet zu werden. Vom Berliner Schloss aus wurde Deutschland unter Bismarck zum ersten Mal geeint: von oben. Dafür stand ein pompöses Reiterdenkmal für Kaiser Wilhelm I. Der Kaiser hoch zu Ross ist nicht mehr. Aber der gewaltige Sockel harret einer neuen Bestimmung. In der Nachbarschaft dieses Ortes tagte die frei gewählte Volkskammer und fasste am 23. August 1990 den Beitrittsbeschluss. Im Kronprinzenpalais wurde am 31. August 1990 der Einigungsvertrag unterzeichnet. Die revolutionäre Volksbewegung im

---

<sup>2</sup> Vgl. hierzu vom 15. August 1998 z. B. die FAZ „Unterstützung für Denkmal der Einheit“, die B.Z. „Eine Stadt ohne Denkmäler ist wie eine Wohnung ohne Bilder“ oder den Tagesspiegel „Ein „Feiermal“ am Schlossplatz mit dialektischer Bodenberührung“.

<sup>3</sup> DS 14/3126 vom 6. April 2000

Herbst 1989 mündete, von Leipzig ausgehend, in der größten Demonstration mit fast einer Million Menschen auf dem Berliner Alexanderplatz.

Es gibt noch kein Freiheits- und Einheitsdenkmal der friedlichen Revolution von unten. Das 10-jährige Jubiläum des Falls der Berliner Mauer im kommenden Jahr ist der Anlass für unsere Initiative „Denkmal Deutsche Einheit“. Das Denkmal soll Rückblick, aber auch Anstoß sein, Anstoß, den demokratischen Aufbruch jener Tage fortzusetzen, sich regende alte Geister zu bannen und Demokratie und Einheit zu festigen. Das Denkmal soll symbolischer Mittelpunkt und Treffpunkt der streitbaren Demokratie werden.

Unser erstes Ziel ist die Auslobung eines internationalen Ideenwettbewerbs unter Künstlern und Architekten durch Bundesregierung und Berliner Senat. Der Wettbewerb sollte unter der Losung stehen: Wir sind das Volk! – Wir sind ein Volk!

Wir Deutschen tun uns schwer mit Denkmälern und Gedenkstätten. Es wird auch um ein Denkmal der deutschen Einheit Streit geben. Die Unfähigkeit zu feiern und die Unfähigkeit zu trauern gehören zusammen. Sie können auch nur zusammen überwunden werden. Denkmäler der Schande und der Trauer, des Stolzes und der Freude sind notwendige Grundsteine des neuen Deutschland und der neuen Bundeshauptstadt.“

(Zitat Ende)

Die Initiatoren waren der damalige Direktor des ARD-Hauptstadtstudios, Jürgen Engert, der Rechtsanwalt und letzte, frei gewählte Ministerpräsident der DDR, Lothar de Maizière, der Präsident des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, Florian Mausbach, und ich, wobei wir Unterstützung bekamen vom damaligen Fraktionsvorsitzenden der SPD in der letzten, frei gewählten Volkskammer, Richard Schröder und einer respektablen Reihe von Historikern, Politikern, Vertretern der Wirtschaft und der Kultur.

Auf dieser Liste waren die vielleicht eher erwarteten Persönlichkeiten von Arnulf Baring bis Michael Wolffsohn, aber auch Ignatz Bubis, Klaus von Dohnanyi und Jörg Immendorf.<sup>4</sup>

---

<sup>4</sup> U. a. unterzeichneten folgende Personen den Aufruf: Prof. Dr. Arnulf Baring, Wilhelm von Boddien, Ignatz Bubis (s.A.), Dr. Klaus von Dohnanyi, Peter Dussmann, Rainer Eppelmann, Roland Ernst, Prof. Götz Friedrich, Prof. Dr. Hans Joachim Giersberg, Isa Gräfin von Hardenberg, Prof. Dr. Johannes Helm, Dr. Hans Olaf Henkel, Prof. Jörg Immendorf, Siegmund Faust, Prof. Dr. Finkelnburg, H. J. Fischbeck, Dr. Michel Friedmann, Prof. Josef P. Kleihues, Klaus Krone, Dr. Hanna Renate Laurien, Helmut Markwort, Prof. em. Dr. Ernst Nolte, Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit, Georg Quander, Prof. Dr. Wolfgang Ribbe, Manfred von Richthofen, Prof. Ernst Ulrich Scheffler, Wolf Jobst Siedler, Dr. Konrad Schily, Prof. Dr. Richard Schröder, Dr. Lothar Späth, Prof. Dr. Karl Steinberg, Hans Peter Stihl, Prof. Dr. h.c. Dieter Stolte, Prof. Dr. Michael Stürmer, A. Vaatz, Prof. Dr. Hermann Weber, Prof. Dr. Michael Wolffsohn.

## Aktivposten der Erinnerung

Nach der völlig absurden Diskussion um die Abschaffung des Nationalfeiertages am 3. Oktober, die im vergangenen Jahr von Hans Eichel und Gerhard Schröder losgetreten wurde und die überhaupt nur in Deutschland denkbar erscheint, und nach den nationalen Feierlichkeiten zum 15. Jahrestag der Deutschen Einheit vor kurzem in Potsdam wäre es ein gutes und richtiges Signal, diesem historischen Ereignis in der deutschen Geschichte angemessen zu gedenken. Diesem Ereignis und natürlich der Friedlichen Revolution vom Herbst '89, die die Wiedervereinigung der Deutschen erst möglich machte, sollte in der Mitte der deutschen Hauptstadt angemessen gedacht werden.

Wir dürfen nicht nur die Passiva deutscher Geschichte darzustellen, sondern wir dürfen auch stolz sein auf die Aktiva! Ja es ist Zeit, auch über positive Denkmale zu streiten. Und es wird die Zeit kommen, da solche Denkmale auch wieder in Deutschland gebaut werden. Mir geht es zuerst um die Debatte und die Formulierung eines *Anspruchs*. Wann dieses Denkmal gebaut wird, kann ich nicht sagen, aber ich bin sicher, es wird irgendwann gebaut werden!

Mit der Erinnerung an die Friedliche Revolution vom Herbst 1989 und die staatliche Einheit Deutschlands am 3. Oktober 1990 ist in Deutschland endlich auch der Aktiv-Posten der Zeitgeschichte zu gedenken.

Das vorgeschlagene Denkmal für „Freiheit und Einheit“ – die Reihenfolge sollte bewusst so gewählt werden – auf der Berliner Schlossfreiheit soll an eine demokratische Glanzstunde der deutschen Geschichte erinnern. Und da es derer nicht so viele gibt, sollte die Diskussion darüber durchaus auch an exponierter Stelle geführt werden, so wie das Denkmal selbst seinen Platz an einem exponierten Ort in dieser Republik finden sollte.

Nur diejenigen, die selbst immer noch Probleme haben mit der Tatsache, dass eine Diktatur mit urdemokratischen Mitteln, nämlich mittels einer friedlichen Revolution, beseitigt wurde, können den Initiatoren unterstellen, sie wollten mit dem Denkmal von den dunklen Punkten unserer Geschichte ablenken. Oder gar das – nur in Deutschland – so böse Wort der Relativierung anderer Teile deutscher Geschichte dagegen ins Feld führen.

Gerade unmittelbar nach Abschluss der jahrelangen, leidenschaftlich geführten Debatte um ein zentrales Holocaust-Denkmal – das übrigens auch an einem repräsentativen Ort mitten in unserer Stadt errichtet wurde – besteht nicht die Gefahr, ein Freiheits- und Einheitsdenkmal stehe für eine „Schlussstrichmentalität“ oder ein Aufrechnen des Gedenkens. Die Fertigstellung war übrigens auch der Grund, warum unsere Initiative in den letzten Jahren keine größere Aufmerksamkeit zu erregen versucht hat.

## Einheit in Freiheit

Das Erreichen der „Einheit in Freiheit“ – und daran soll das Denkmal erinnern – hatte für die alte, demokratisch legitimierte Bundesrepublik, Verfassungsrang. Der grundgesetzliche Anspruch wurde von der Union nie aufgegeben und ist durch die Beiträge und Unterstützung vieler, die hier zu nennen nicht meine Aufgabe ist, eingelöst worden. Sich dem allerdings mit einer Denkmalsdebatte zu nähern, ist in Deutschland immer noch unüblich.

Und damit kommen wir näher an die Formen der Auseinandersetzung mit der DDR, die der Untertitel meines Beitrages angekündigt hat.

Warum ist diese Denkmaldebatte ein Exempel für unseren Umgang mit der DDR?

Mitunter hat man das Gefühl, und das sage ich als einer der Aktiven der Friedlichen Revolution, dass manche westdeutsche Kritiker der deutschen Einheit den Ostdeutschen die Friedliche Revolution bis heute nicht verziehen haben. Sie, die Westdeutschen, wurden nicht einmal gefragt, ob sie solch eine Revolution in der DDR gut fänden und ob diese überhaupt gemacht werden darf. Die Friedliche Revolution und die Wiedervereinigung haben nicht nur die SED-Diktatur zum Zusammenbruch gebracht, sondern auch die alte Bundesrepublik der Linken im Westen. Und viel zu oft wird noch versteckt ein Reflex sichtbar, der vielleicht am besten mit dem Satz u beschreiben ist: Wir lassen uns doch von denen nicht unseren schönen Westen kaputt machen. Es wird sich nicht vermeiden lassen.

Die Umwälzungen 1989/90 sind nicht denkbar ohne die Bewegungen in Mittel- und Osteuropa. Und natürlich haben sich die unterschiedlichen Freiheitsbewegungen auch gegenseitig beeinflusst. Aber so wie der 17. Juni 1953 der erste große Volksaufstand im Einflussbereich der Sowjetunion nach dem zweiten Weltkrieg war, so war auch die Friedliche Revolution vom Herbst 1989 insofern von einer anderen Dimension, weil erst daraus jene Dynamik entstand, die mit dem Fall der Mauer auch binnen weniger Monate den ganzen Ostblock implodieren ließ.

Ein Blick auf die politische Landkarte zeigt, dass im Ergebnis dieses europäischen Prozesses gerade in Mittel- und Osteuropa vormals existierende eigenständige Nationen wieder entstanden sind. Will man z. B. den baltischen Staaten ihr Recht auf nationale Selbstbestimmung absprechen, weil bei manchen westeuropäischen Intellektuellen der Begriff Nation inkriminiert ist oder weil Litauen und Lettland die deutsche Geschichtsaufarbeitungsmesslatte reißen?

Interessant ist dabei, dass gerade in diesen Ländern sehr schnell und viele Denkmäler in Erinnerung an die Befreiung von der russischen Besatzung und diktatorischen Fremdherrschaft entstanden sind.

Übrigens ist es auch interessant festzustellen, dass durch die Friedliche Revolution ein „Davonstehlen“ der Verantwortlichen der SED-Diktatur aus der gesamtdeutschen Verantwortung am Holocaust beendet wurde!

Eine prinzipielle Kritik an der Initiative für ein Freiheits- und Einheitsdenkmal provoziert jedenfalls die Frage, ob sich dahinter nicht eine prinzipielle Ablehnung der Friedlichen Revolution und der Deutschen Einheit überhaupt verbirgt.

Lassen Sie mich kurz abschweifen zu der in diesem Kontext ebenfalls interessanten Frage nach der möglichen prinzipiellen Ablehnung von *Denkmälern*. Gibt es eher eine „Denkmalsmüdigkeit“ oder gibt es vielleicht sogar eine neue Renaissance von Denkmälern?

Den Bürgern der alten Bundesrepublik, wie übrigens auch vielen der westlichen Welt, sind Denkmäler, politische Denkmäler, vor allem Nationaldenkmäler eher fremd. Zumindest wirken sie auf viele unbehaglich. Es gibt kein zentrales, nationales Ebert- und Stresemann-Denkmal, obwohl deren Verdienste um die Errichtung der ersten deutschen Demokratie sicherlich unbestritten sind. Wir haben ein solches zentrales nationales Symbol auch nicht beispielsweise für Konrad Adenauer und Ernst Schumacher, um die zwei wichtigsten bundesdeutschen Politiker der Zeit unmittelbar nach dem Ende des Nationalsozialismus zu nennen. Auch wer sich vielleicht bei den positiven Bezugspunkten des Anfangs der Bundesrepublik nicht so sehr auf Personen einlassen mag, der hat lange ein zentrales Denkmal für das Grundgesetz suchen müssen. Inzwischen haben wir eines, am Jakob-Kaiser-Haus des Deutschen Bundestages. Vielleicht ist das ein Zeichen des neuen Nachdenkens. Aber wer kennt das? Vielleicht ist es aber auch nur der Tatsache des Neubaus von Büros für Abgeordnete geschuldet, den man mit Bedeutung versehen musste. Die DDR, als Diktatur mit weit mehr Verständnis für Symbole ausgestattet als der westdeutsche, freiheitliche Verfassungsstaat, hat übrigens reichlich Denkmäler gebaut. Doch das wäre ein anderes Thema ...

Uns Deutschen scheint die Einbeziehung *historischer* Bauten zum Zweck einer politischen Willensbekundung generell befremdlich zu sein. So gesehen unterscheiden wir uns in dieser Mentalität deutlich von der des 19. Jahrhunderts, der Hoch-Zeit nationaler Denkmäler und Symbole. Trotzdem sollte nach meiner festen Überzeugung dieser – nennen wir es: „Zeitgeist“ - nicht dazu führen, nationale Denkmäler generell als etwas Altmodisches oder gar Nutzloses abzutun. Das halte ich schon deshalb für falsch, weil unser Mitinitiator Florian Mausbach einmal so schön formulierte: Ein Stadt ohne Denkmäler ist wie eine Wohnung ohne Bilder.<sup>5</sup>

Wie wichtig symbolische Orte sind, mittels derer eine politische Willensbekundung zum Ausdruck gebracht werden kann, das hat erst in den letzten Jahren – unter der Symbolik des Mahnens, aber eben als Ausdruck eines politischen Willens – die Diskussion um die Errichtung des Denkmals für die ermordeten Juden Europas gezeigt. Der engagierten Diskussion im Bundestag ging eine jahrelange öffentliche Auseinandersetzung voraus. Wer mag auf Anhieb sagen können, wie viele sich in all den Jahren daran beteiligt haben. Mit Sicherheit aber wird man resümieren können: Der Plan zur Errichtung eines nationalen Mahnmals mit symbolischer Wirkung

---

<sup>5</sup> Vgl. Fußnote 2

beschäftigte nicht nur ein paar wenige in dieser Frage Engagierte, sondern eine große Zahl von Menschen verschiedenster beruflicher und politischer Herkunft.

Um genau diese Diskussion verbunden mit dem Zweck einer politischen Willensbekundung, der dann für alle gleichsam sinnlich und dinglich wahrnehmbar sein soll, geht es auch bei der Errichtung eines Freiheits- und Einheitsdenkmals in Berlin!

Selbst einige kritische Stimmen zeugten schon damals eher von einem Interesse an einem solchen Freiheits- und Einheitsdenkmal, als von Desinteresse. Da sollte beispielsweise der inhaltliche Rahmen des Denkmals von vornherein über den ins Auge gefassten hinausgehen; es sollte über einen anderen Ort nachgedacht werden; andere wollten bereits in dieser Phase konkrete, festgelegte Formvorstellungen verwirklicht sehen. Nur einige wenige stellten die Notwendigkeit eines solchen Denkmals generell in Frage. Also: Von Denkmalsmüdigkeit konnte und kann nicht gesprochen werden.

Mit der Schloss-Debatte, wenn sie nicht gerade zur „Abriss-Debatte“ um den Palast der Republik mutierte, entstand ein neues Bewusstsein für den Geschichts-Ort in der alten Mitte des wiedervereinigten Berlins. Sie ist zugleich die politisch-institutionelle Mitte der Bundesrepublik Deutschland nach der Wiedervereinigung.

Durch den Abriss der Wohngebäude für das Schlosspersonal, die bis zum Ende des 19. Jahrhunderts die Berliner Schlossfreiheit säumten, sollte ein freier Blick auf das Schloss möglich werden. Das sollte auch so bleiben. Aber auch der Ort des alten Nationaldenkmals wird dadurch umso interessanter. Seine aus topographischer und historischer Sicht besondere Bedeutung wurde schon in dem Aufruf versucht darzustellen: Sie reicht von den Ereignissen der 1848er Revolution zur Erlangung von Demokratie bis zur Friedlichen Revolution. Im Herbst 1989 gab es viele „Revolutionszentren“ in der damaligen DDR, von denen manche – denken Sie an Leipzig, Dresden oder erst recht an Plauen – den Berlinern phasenweise weit voraus waren. Am 4. November 1989 in Berlin kam es dann aber nicht nur zum größten Demonstrationzug von fast einer Million Menschen, sondern auch zu der interessanten Begebenheit, dass all diese Menschen auf dem Weg Unter den Linden gen Westen und Brandenburger Tor brav über den damals noch nicht wieder so genannten Schlossplatz abbogen und quasi vor dem Denkmalssockel auf der Schlossfreiheit vorbeidemonstrierten. Von da aus ging es wieder zurück zur Kundgebung auf den Alexanderplatz.

Mit der Errichtung eines Denkmals auf dem für den Zweck eines Reiterstandbildes für Wilhelm I. gebauten Sockels, wird jener Ort des Einheitswillens gleichsam demokratisch vollendet und im Hegelschen Sinne „aufgehoben“. Es gibt noch viele andere Gründe, die für diesen Ort sprächen, die hier ausführlich darzulegen aber nicht der Platz ist. Jedenfalls ist der Ort in diesem Sinne viel zu wichtig, als dass er nur als Abstellplatz für Baucontainer, für alte Waschmaschinen als Kunst-Event oder

als Anlegeplatz für Kaffeefahrten mit den Spreedampfern dienen sollte. Er ist so etwas wie der „Logenplatz deutscher Geschichte“!

Gerade die Geschichte des Ortes hat viele Diskussionen nach sich gezogen und damit deutlich gemacht, wie sehr im Bewusstsein der Öffentlichkeit dieser Platz unterschiedliche Meinungen zur deutschen Geschichte und den Umgang mit ihr hervorruft.

Mir selbst, um noch einmal den Gedanken der nicht vorhandenen Denkmalsmüdigkeit aufzunehmen, bestätigt diese Erfahrung, dass Denkmale und historische Orte sehr wohl zeitgemäße Symbole sein können. Denn bei aller Diskussion und zuweilen scharfen Auseinandersetzung über die richtige Politik des seit 15 Jahren wiedervereinigten Deutschlands: Es gibt keinen Zweifel daran, dass die Wiedervereinigung heute von der übergroßen Mehrheit der Menschen in unserem Land positiv gesehen wird. Darüber können weder Analysen über noch bestehende Unterschiede zwischen Ost und West, weder mehr oder weniger kunstvolle Essays über die mentalen Schwierigkeiten des „Zusammenwachsens“ der beiden ehemaligen deutschen Teilstaaten, noch diverse Prognosen, nach denen der Prozess der inneren Einheit sich noch über Generationen hinziehen würde, hinwegtäuschen.

Der Gründungsmythos des vereinten Deutschland ist nicht ein vermeintlicher oder ehrlicher Antifaschismus. Auch der Holocaust oder die vorbildliche Aufarbeitung der NS-Verbrechen reichen nicht als nationale Identifikation. Und schon gar nicht beinhaltet ein solcher Gründungsmythos den Sieg des Westens über den Osten. Es geht hierbei weniger um politische Korrektheit als vielmehr darum, was solch eine Gründungslegende für die Zukunft leistet. Wer wie viele der westdeutschen Linken meinte, die deutsche Teilung sei für alle Zeit die Sühne für Auschwitz, die abzuleisten den eingemauerten Ostdeutschen vorbehalten blieb, musste in die Irre gehen.

Der mögliche Gründungsmythos, der auch in dem zu errichtenden Denkmal auf der Berliner Schlossfreiheit symbolisiert werden müsste und für alle sichtbar und erkennbar sein sollte, beinhaltet den – schließlich erfolgreichen – Kampf für Freiheit, Einigkeit und Recht. Deshalb kann ein solches Denkmal weder zur Pilgerstätte für Rechte oder für Linke werden, sondern nur zum Ort der Demokraten.

## **Nationales Gedächtnis**

Das Freiheits- und Einheitsdenkmal - und hier folgt der eigentlich zweite Teil der Erzählung davon, wie wir mit unserer Geschichte umgehen – das Denkmal sollte in eine Beziehung zum Gedenkstättenkonzept des Bundes gesetzt und Teil des nationalen Gedächtnisses werden. Damit sind wir bei einer weiteren Form der Auseinandersetzung mit der DDR. Auf die ich an dieser Stelle wenigstens kurz hinweisen will.



Während der Antrag für ein Freiheits- und Einheitsdenkmal in der 15. Wahlperiode weder von mir noch von anderen eine Neuauflage erfuhr, brachte die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag im Mai 2003 einen von mir erarbeiteten Antrag mit dem Titel ein: „Förderung von Gedenkstätten zur Diktaturgeschichte in Deutschland — Gesamtkonzept für ein würdiges Gedenken aller Opfer der beiden deutschen Diktaturen“<sup>6</sup>.

Dem Gedenkstättenantrag wurde vorgeworfen, er vermenge das Gedenken an die beiden Diktaturen in Deutschland, schließlich werden sie ja beide in einem Text genannt. Das letztere ist zwar richtig, muss aber bei differenzierter Argumentation nicht problematisch sein. Bei dem Antrag ging es aber nur am Rande um inhaltliche Punkte einer Erinnerungskultur. Ziel vielmehr war es, möglichst verbindliche und nachvollziehbare Förderkriterien für Gedenkstätten einzufordern.

Das schwere ideologische Geschütz, das gegen dieses Ansinnen aufgefahren wurde, zeigte sehr deutlich, wie sehr sich einige genötigt sahen, die unbestrittenen Errungenschaften der Erinnerungsarbeit zu verteidigen gegen eine mögliche Vereinnahmung für einen Teil der deutschen Geschichte, den angesichts der lustigen Kinofilme und Ostalgie-Shows als „Diktatur“ zu bezeichnen vor allem im Westen immer abwegiger zu klingen scheint. Aber es gab ohne Zweifel im 20. Jahrhundert zwei Diktaturen in Deutschland!

Was war geschehen? Erst durch die Debatte über diesen Antrag wurde größeren Kreisen bewusst, daß auch das „Gedenkstättenkonzept des Bundes“ von 1999<sup>7</sup>, wie zuvor schon in den Texten der beiden Enquete-Kommissionen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, selbstverständlich beide Diktaturen berücksichtigt. Und dass diese Tatsache bisher keine übermäßige Resonanz gefunden hatte, galt eher als beruhigend, nicht als zeitgeschichtliches Manko. Aber auch für die Erinnerung an die SBZ/DDR-Zeit Verantwortung auf nationaler, also Bundesebene einzuklagen, erscheint mir nicht nur legitim, sondern notwendig. Dabei muss es nicht um gleich hohe Fördersummen gehen, aber in gewissem Sinne um „vergleichbare“ Kriterien für eine solche Förderung.

Ein weiterer bemerkenswerter Punkt der Debatte zum Gedenkstättenantrag, zumindest für einen kleinen Kreis von Experten, war die Tatsache, dass das im Antragstext ausdrücklich nicht als Gegenstand des Gedenkstättenkonzeptes zu behandelnde Freiheits- und Einheitsdenkmal keinesfalls eine Rolle bei dem Gedenken spielen dürfe.

Im Text des Antrages heißt es, ich zitiere:

---

<sup>6</sup> DS 15/3048 vom 4. Mai 2004, siehe auch die Bundestagsdebatte dazu am 17. Juni 2004, 114. Sitzung s. 10455-10465 und die Anhörung zum Antrag im Ausschuss für Kultur und Medien am 16. Februar 2005, in der es anders als in der Plenardebatte zu einer Würdigung und Unterstützung des Antrages kam

<sup>7</sup> DS 14/1569 vom 27. Juli 1999

„Drei weitere, sehr unterschiedliche Ereignisse und Themenkomplexe, die mit Diktaturgeschichte, Krieg und der Überwindung totalitärer Regime in Deutschland eng verbunden sind, *nicht aber die Erinnerung an die Opfer der beiden deutschen Diktaturen betreffen* (Hervorhebung d. A.), können in der Erinnerungskultur der Deutschen zu Recht einen herausgehobenen Platz beanspruchen:

- Opfer von Krieg und Vertreibung;
- Zivile Opfer der alliierten Luftangriffe des zweiten Weltkrieges;
- Friedliche Revolution und Wiederherstellung der staatlichen Einheit.

Ziel einer gesellschaftlichen Debatte sollte es sein, auch an diese Ereignisse in Form von jeweils zentralen Gedenkstätten von nationaler Bedeutung zu erinnern.“

In Bezug auf die Friedliche Revolution und die Wiederherstellung der staatlichen Einheit sei aber noch einmal auf den oben erwähnten Gruppenantrag zur Errichtung eines Denkmals für Freiheit und Einheit auf der Berliner Schlossfreiheit vom 06. April 2000 verwiesen<sup>8</sup>. Im Gegensatz zu Aufgeregtheit um den Gedenkstättenantrag kam es hier sowohl bei der Einbringung des Denkmalsantrages am 13. April 2000<sup>9</sup> als auch bei der zweiten Lesung am 9. November 2001<sup>10</sup>, bei der der Antrag leider aus Koalitionsdisziplin abgelehnt wurde, zu sehr wohlmeinenden und sachlichen Redebeiträgen.

Im Zusammenhang mit der ideologischen Auseinandersetzung um ein Gedenk- und Förderkonzept am Beispiel des Gedenkstättenantrages kritisierten viele derjenigen, die über den Antrag zwar redeten, ihn aber nicht genau gelesen hatten, dass dort unter der Überschrift der Opfer der beiden deutschen Diktaturen auch noch Vertreibungsoffer und Luftkriegstote genannt wurden. In der oben zitierten Begründung wurde zwar klargestellt, dass es wichtig sei, auch der Vertreibungsoffer und Luftkriegstoten zu gedenken, aber dass diese Toten nicht in den Kontext der Opfer der beiden deutschen Diktaturen gehören.

Wenig Erwähnung fand hingegen das ebenfalls erwähnte Einheits- und Freiheitsdenkmal. Ein neues Nationaldenkmal, ein Freuden-Mal scheint offensichtlich im aufgeregten Diskurs über Erinnerungskultur doch weniger gefährlich zu sein, als die Erwähnung unterschiedlicher Toter und Opfer auf einer Druckseite. Aber - und das wäre der festzuhaltende Punkt in dieser Debatte um die Formen der Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte – es geht zumindest bei der zweiten Diktatur in Deutschland immer auch um die *Erinnerung an die friedliche Überwindung dieser Diktatur*. Nationales Gedächtnis ist auch hier mehr als Totengedenken! Ein Freiheits- und Einheitsdenkmal kann uns vor Augen führen und dauerhaft daran

---

<sup>8</sup> Siehe Antrag der Abg. Günter Nooke, Markus Meckel, Werner Schulz, Cornelia Pieper sowie weiterer Abgeordneter „Errichtung eines Einheits- und Freiheitsdenkmals auf der Berliner Schlossfreiheit“ DS 14/3126 vom 6. April 2000

<sup>9</sup> Plenarprotokoll der 99. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. April 2000, S. 9326-9333

<sup>10</sup> Plenarprotokoll der 199. Sitzung des Deutschen Bundestages am 9. November 2001, S. 19503-19512

erinnern, diesen im besten Sinne des Wortes guten Teil deutscher Geschichte nicht zu vergessen.

Und noch einen letzten Punkt will ich aus den meinen Erfahrungen im politischen Bereich erwähnen: es ist auch interessant, wie selbst wohlmeinende Unterstützer unserer Initiative für ein Freiheits- und Einheitsdenkmal sich dann doch eher für Vertriebene und Brandopfer engagieren, als für den Teil deutscher Geschichte, der eben die Menschen in der DDR weit mehr betroffen hat als West- oder Süddeutsche.

Ich will mit meiner Eingangsfrage enden: Warum können wir also im Kontext der national bedeutenden Denkmale nicht auch der Aktiva der deutschen Geschichte gedenken?

Ein Freiheits- und Einheitsdenkmal könnte dabei den Logenplatz der deutschen Geschichte beanspruchen! Es ist eng verbunden mit dem, was der Verleger Claus Detjen schon vor einigen Jahren als ein wichtiges Ziel bei der „notwendigen Korrektur des Bewusstseins von der revolutionär eroberten Grundlage der Einheit Deutschlands“ beschrieben hat: „der Berliner Republik ihre Gründungsgende zu geben“. „Es würde ein Gründungsmythos entstehen, der die Ostdeutschen nicht in die Rolle der in die Bundesrepublik Einverleibten sähe, sondern als die Eroberer ihrer eigenen Freiheit ...“<sup>11</sup>

Und: wäre das – nicht das Denkmal selbst, aber der Wille zu seiner Existenz – nicht möglicherweise auch ein Signal für eine der neuen „Formen der Auseinandersetzung mit der DDR“ abseits der DDR-Aneignung über mehr oder weniger spaßige Filmchen, die irgendwie immer ein wenig auch die doofe DDR vermitteln, in der dann eigentlich auch ein bisschen doofe Leute leben mussten?

Stimmen wir von hier aus Weimar gemeinsam mal einen neuen Grundton für unser nationales Gedächtnis an, in Dur und nicht in Moll: Die Ostdeutschen und viele andere haben 1989/90 gute deutsche für Freiheits- und Einheitsgeschichte geschrieben.

---

<sup>11</sup> Claus Detjen (1999) Die anderen Deutschen, Bouvier Verlag Bonn, S. 148 ff